№ 516
B 247

Abend-Ausgabe.

Berlin

Mittwoch, 20. Oktober 1920

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Einzelne Nummer 20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Lloyd George über den Streik.

Ein Vermittlungsvorschlag der Bergarbeiter.

London, 19. Oktober. (United Telegraph.)

Der englische Handelsminister Sir Robert Horne legte heute im Unterhause die Stellungnahme der Regierung zum Streik dar und betonte, daß die Regierung jederzeit bereit sei, Vorschläge, die zu einer friedlichen Lösung des Streiks führen könnten, in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Er stellte fest, daß die den Kohlenarbeitern erst kürzlich bewilligte Lohnerhöhung proportional höher sei als die seitherigen Preiserhöhungen der Lebensmittel. Der Arbeiterführer Brace warnte davor, daß von den Kohlenarbeitern die Notstandsarbeiten eingestellt werden könnten. „Wenn es schon einmal ein Kampf bis zum bitteren Ende sein soll, so werden wir gezwungen sein, alle Gewerkschaftler von den Gruben wegzuholen, ganz gleichgültig, ob ein noch so großer Schaden oder Verlust daraus entstehen wird.“ Brace deutete jedoch die Möglichkeit eines Vergleichs an, indem er den Vorschlag machte, die geforderte Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Tag könne bis zum 1. Januar bewilligt werden. In der Zwischenzeit könnten sich die Kohlenarbeiter und die Grubenbesitzer über die Lohnfrage einigen. Zu gleicher Zeit könne dann eine aus Grubenbesitzern, Kohlenarbeitern und Regierungsvertretern bestehende Kommission über die proportionale Verteilung des Reingewinns der Kohlenindustrie verhandeln. Die Kohlenarbeiter sind sich dessen bewußt, daß die Hilfsmittel der Regierung so groß sind, daß die Kohlenarbeiter wahrscheinlich unterliegen werden. In diesem Fall würden die Kohlenarbeiter jedoch in einer äußerst schlechten und rachsüchtigen Stimmung zur Arbeit zurückkehren. Wie wird es dann mit der Kohlenproduktion stehen? Zum Schluß schlug Brace die Schaffung einer nationalen Lohnkommission vor, welche die Löhne der Kohlenarbeiter für die Zukunft regeln solle.

Der Präsident der Eisenbahnergewerkschaft Thomas stellte fest, daß es niemandes Wunsch sei, daß der Kampf bis zum bitteren Ende geführt werde. Es sei erstaunlich, daß es, nachdem man sich noch zuletzt bis auf einen verhältnismäßig geringfügigen Punkt geeinigt hätte, überhaupt noch zu einem Streik habe kommen können.

Horne bemerkte, die geforderte Lohnerhöhung verursache deshalb ein Gefühl der Beunruhigung, weil erfahrungsgemäß jede Lohnerhöhung einen Rückgang der Produktion zur Folge gehabt habe.

Nach der Rede von Brace hielt das Kabinett eine längere Sitzung ab. Lloyd George erklärte nachdem, die von Brace gemachten Vorschläge seien in mehreren Punkten unklar. Eine Erhöhung der Kohlenproduktion sei notwendig. Wenn aber von der Regierung die volle Zustimmung zu den Forderungen der Bergleute gefordert werde, so bedeute das nichts anderes, als daß die Regierung ihre bisher eingenommene Haltung aufgebe. Sie verkenne allerdings nicht, daß das jetzige System der Entlöhnungen verbessert werden müßte. Er sei weiterhin bereit, alle Vorschläge zu prüfen, die geeignet seien, den Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden und die Kohlenförderung zu steigern.

Es gebe Gruben, deren Bearbeitung sich selbst bei hohen Kohlenpreisen nicht lohne. Nun sei aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer allgemeinen Weltproduktionserhöhung zu rechnen, die ein Fallen der Kohlenpreise zur Folge haben werde. Wenn die Arbeiter diese Gruben ersaufen ließen, würde es sich für diese sicher nicht lohnen, sie wieder instand zu setzen. Die Arbeiter selbst würden dabei am meisten verlieren, und diese Distrikte würden in eine Wildnis umgewandelt werden. Es sei die Pflicht der Regierung, im Interesse der Allgemeinheit, die ja auch die Kohlenarbeiter mit einschließe, dafür zu sorgen, daß diese Gruben nicht zerstört würden. Es sei jedoch unbedingt notwendig, jeden möglichen Ausweg aus dieser schwierigen Lage zu suchen. Nicht aus Angst vor dem Terror, nicht aus Angst, daß andere Gewerkschaften auch in diesen Streik verwickelt werden könnten, sondern lediglich, um der ganzen Gewerkschaft der Kohlenarbeiter bereitwilligst vor Regierung und Parlament zu zeigen, daß alle irgendwie möglichen Pläne im Interesse der Kohlenarbeiter erwogen werden. Er schlug Beratungen in einer Konferenz vor, in der jeder Plan auf der Basis der von ihm gemachten Vorschläge — entweder Ueberweisung der ganzen Streikangelegenheit an ein unparteiisches Tribunal oder Lohnerhöhung bei erhöhter Produktion — geprüft werden soll.

Rückforderung französischer Fahnen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

h **Paris**, 20. Oktober.

Der „Matin“ schreibt: Um die Rückgabe der französischen Fahnen, die die Deutschen im Kriege 1870/71 weggenommen haben, zu erwirken, da diese Fahnen am Tage der 50-Jahrfeier der Republik in Paris sein sollen, hat der Ministerpräsident Herr de Celles, den Generalsequester des von den Deutschen zurückzugebenden Gutes, nach Berlin entsandt, der dort von einem Sachverständigen des Kriegsministeriums unterstützt werden soll.

London, 20. Oktober. (W. T. B.)

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte Bonar Law, daß sich die Durchführung des Friedensvertrages in zufriedenstellender Weise vollziehe und daß sich die britische Regierung mit der Aburteilung des ehemaligen deutschen Kaisers in London nicht beschäftigen werde. Chamberlain bemerkte, daß Oesterreich bis jetzt keine Schiffe abgeliefert habe und daß Deutschland in weitgehendstem Maße den Bestimmungen von Spa über das Kohlenabkommen nachgekommen sei. Weiterhin teilte er mit, daß die von allen Ländern Deutschland gemachten Vorschüsse ungefähr das Dreifache sämtlicher von Großbritannien gemachten Vorschüsse betrügen.

Die Adria-Verhandlungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

v **Laibach**, 20. Oktober.

Die direkten Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Italien finden in Isolabella bei Pallanza am Lago Maggiore statt. Die Vertreter Jugoslawiens sollen heute nach Venedig reisen, wo sie von italienischen Regierungsvertretern empfangen und nach Isolabella begleitet werden. Die neuen Vertreter Jugoslawiens haben, entgegen den früheren Absichten der Belgrader Regierung, alle Vollmachten, um in der Adriafrage entscheidende Vereinbarungen treffen zu können. Das Kabinett dürfte sich dazu auf den Wunsch Italiens entschlossen haben; denn im letzten Augenblick wurden die zur Entgegennahme der italienischen Vorschläge mit sehr beschränkten Vollmachten ausgerüsteten jugoslawischen Vertreter durch die Minister Wesnitsch, Trumbitsch und Stejanowitsch, sehr erfahrenen Staatsmännern, ersetzt, die sich mit dem Adriaproblem schon zur Zeit ihrer Ministerschaft im alten serbischen Königreich eingehend beschäftigt haben.

In Jugoslawien hat man das Empfinden, nicht gerade im glücklichsten psychologischen Augenblick zum Verhandlungstisch zu gehen. Diesem Empfinden gab die jugoslawische demokratische Partei Ausdruck, die gestern an das Ministerium ein Protesttelegramm gegen die Abhaltung der Adriakonferenz in Isolabella gesandt hat. D'Annunzio fordert bereits die dalmatinische Bevölkerung zum Widerstand gegen jede Abtrennung von Küstenland an Jugoslawien auf.

Das „Giornale d'Italia meldet, die italienische Regierung werde die Adriakonferenz nicht eher beginnen, als bis die Jugoslawen Kärnten wieder geräumt hätten.

Amerika in Haiti.

Drahtmeldung.

New York, 19. Oktober. (United Telegraph.)

Die Untersuchung der Vorgänge auf Haiti hat zu einer Spaltung innerhalb des Kabinetts geführt. Es ist auch ein Verfahren gegen den finanziellen Ratgeber des Staatsdepartements, Mc. Ilhenny, eingeleitet worden. Er wird beschuldigt, bei den amerikanisch-haitianischen Geschäften besonders die Interessen von Privatbanken wahrgenommen zu haben. Es verlautet, daß gleich nach der Beendigung der Wahlen Marineminister Daniels, Generalstaatsanwalt Palmer und der Sekretär des Postwesens Burleson zurücktreten werden.

Hilfegesuch des deutschen Plebiszitkommissars

Neue Drohungen Korfantys.

mg **Breslau**, 20. Oktober.

Der Vorsitzende des deutschen Plebiszitkommissariats in Kattowitz, Dr. Urbaneck, hat an die interalliierte Kommission in Oppeln ein Telegramm gerichtet, in dem er um Schutz für die deutschen Oberschlesier gegen die Drohungen Korfantys nachsucht. Korfanty hat nämlich in der „Oberschlesischen Grenzzeitung“ begonnen, die Namen derjenigen Deutschen anzugeben, die polnische Insurgenten, die am Aufstande beteiligt gewesen sind, angezeigt haben. Bei den unruhigen und besonders auf dem Lande unsicheren Verhältnissen kann diese Denunziation dieselbe Wirkung wie eine Kopfprämie haben.

Ententesoldaten verhafteten in Hindenburg mehrere Personen wegen Waffenbesitzes. Bei Haussuchungen wurden zwei Maschinengewehre, 10 Karabiner und 5000 Patronen beschlagnahmt. Die Waffen sollen von Neustadt nach dem Borsigwerk geschafft worden sein.

Mindestprogramm für Minderheitsrechte.

Die Tagung für Minderheitenrecht wurde nach dreitägiger Dauer mit Schlußansprachen von Dr. v. Loesch für den Deutschen Schutzbund und Missionsdirektor D. Schreiber für die Deutsche Liga für Völkerbund geschlossen. Am Schluß konnte festgestellt werden, daß es möglich war, die Vertreter der deutschen Minderheiten in allen Ländern auf ein Mindestprogramm zu einigen, dessen rechtlichen Unterbau die Forderung der nationalen Selbstbestimmung darstellte. Der wesentlichste Grundsatz des Programms ist der der Gegenseitigkeit, der bedingt, daß nichtdeutsche Minderheiten in Deutschland ebenso behandelt werden, wie deutsche Minderheiten innerhalb anderer Nationalitäten. Aus der Tagung heraus wurde die dringende Notwendigkeit betont, aus dem Ausschuß eine ständige Arbeitsstelle für Minderheitenrecht zu schaffen.

Die englische Weltherrschaft.

Von

Geh. Oberregierungsrat v. Kienitz.

Die „Vossische Zeitung“ brachte in ihrer Sonntag-Nummer (12. Oktober) einen Auszug aus dem Buche „Diplomatie und Weltkrieg“ des Grafen Julius Andrassy, das demnächst bei Ullstein & Co. erscheinen soll. Es ist sicherlich von hohem Interesse, die Ansichten eines solchen Staatsmannes zu hören. Aber auch die hier wiedergegebenen Ausführungen scheinen, wie es die neuerlichen Klagen über das Unglück zumeist tun, allzu sehr an der Oberfläche zu bleiben. Sie behandeln nur zum soundsovielten Male die alte Erwägung von der „Unterlegenheit der deutschen Diplomatie“, die gar nicht bestritten werden soll, gehen aber über die Frage, welche materiellen Kräfte eigentlich zum Kriege geführt haben, einfach hinweg.

Das gerade ist die „Unterlegenheit“ der Diplomatie, nicht nur der deutschen, daß die Diplomaten gern glauben, mit ihrem Handwerk Geschichte zu machen, und von dieser Anschauung scheint auch Graf Andrassy nicht ganz frei zu sein. Gewiß kann das Handwerk bei geschickter Führung jene Kräfte manchmal lange hintanhalten, aber beseitigen kann es sie nicht. Die von Andrassy dargelegte günstige Stellung Deutschlands zu Ende vorigen Jahrhunderts war der Erfolg einer gewandten, nämlich der Bismarckschen Diplomatie, und beim genauen Hinsehen erkennt man gerade in dem glänzenden Scheine der damaligen deutschen Stellung, wie schlecht sie tatsächlich war. Gerade daß wenige Jahre nachher, d. h. geschichtlich gesprochen: im nächsten Augenblicke, Englands Stellung so offenbar weit überwog, ist der deutliche Beweis, wie gleichgültig alle diplomatische Mache für den inneren Gang der Ereignisse bleibt.

Nach Andrassys Meinung war England damals bestgehaßt und so vereinsamt, daß Deutschland freie Wahl hatte, entweder die von England mit dem Bündnisangebot ausgestreckte Hand zu ergreifen oder sich Rußlands Neigung dadurch zu verschaffen, daß es einer von dieser Macht und von Frankreich geplanten Intervention im Burenkriege beitrat; es habe aber diese letzte Möglichkeit durch das Verlangen eines ausdrücklichen französischen Verzichtes auf Elsaß-Lothringen vereitelt, das englische Bündnis ausgeschlagen und so sich selbst vereinsamt. Diese Anschauung ist zwar weitverbreitet, trifft aber den Kern der Sache nicht. Wer mag denn ernstlich glauben, daß eine allgemeine Abneigung der andern Mächte, namentlich Frankreichs und Rußlands, wie sie zu Ende vorigen Jahrhunderts gegen England bestanden haben soll, dann in der kurzen Frist einiger Jahre nur durch diplomatische Fehler oder Feinheiten in das direkte Gegenteil verkehrt worden wäre! Diese allgemeine Abneigung gegen England ist eben ein Gebild der zünftigen Diplomatie. In deren Kreisen mögen Verstimmungen gelegentlich bestanden, Frankreich und Rußland mögen dabei im Burenkriege etwas herauszuschlagen versucht haben, und solche Verstimmungen mögen in Entstehung und Behebung von diplomatischer Geschicklichkeit abhängen. Aber sie sind verflogen, und übrig blieb die Tatsache, daß die wirklichen Interessen auch jener andern Großmächte letzten Endes doch gegen Deutschland gingen.

Angesichts dieser Lage war es ganz richtig und ein Zeichen der diesmal keineswegs „unterlegenen“ deutschen Diplomatie, daß sich Deutschland im Burenkriege nicht blindlings zum Handlanger Frankreichs und Rußlands hergab. Was hätte denn dabei herauskommen können? Nur daß der Mohr nach getaner Arbeit gehen durfte. Deshalb mußte zum mindesten die Frage gestellt werden, ob denn Frankreich wirklich gemeinsame Sache mit Deutschland machen, d. h. Elsaß-Lothringen aufgeben wolle. Ohne dies Zugeständnis der Ernstlichkeit war es richtiger, sich die Hand gegen England frei zu halten; denn auf diesem Wege war es vielleicht noch möglich, in freiem Gleichgewichte dem Angebote des „englischen Bündnisses“ zu entgehen, dem man sonst nach der Ausnutzung durch die andern rettungslos verfallen war. Daß auch dies Mittel nicht verfing, hatte seinen Grund in jener tatsächlichen Lage des Zusammenlaufens der Interessen gegen Deutschland. England hatte es nicht mehr nötig, dankbar zu sein, weil die andern ihm ohnehin schon zugehörten.

Worin aber hatte das Zusammenlaufen der Interessen gegen Deutschland seinen sachlichen Grund? Wie konnte sogar die natürliche Gegnerschaft Rußlands und Englands in dem einen Ziele der Niederwerfung Deutschlands ausgeglichen werden? Gerade alterfahrene Diplomaten sollten, statt die dem ungeheuren Geschehnisse gegenüber ziemlich gleichgültige Geschicklichkeit oder Ungeschicklichkeit der einen oder anderen Diplomatie zu kritisieren, zur Beantwortung solcher Fragen beitragen, wenn sie es vermögen. Das Zusammenballen aller Mächte gegen Deutschland aufzulösen, ist der deutschen Diplomatie freilich nicht gelungen, oder nicht wegen ihrer Unterlegenheit, sondern weil es für jede diplomatische Arbeit zu fest war. Auch Bismarcks Genie mußte an dieser Aufgabe scheitern. Sein letzter verzweifelter Plan, Oesterreich-Ungarn gegen Rußland fallen zu lassen, hätte nichts mehr helfen können, weil er nur zur